



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Vom "Großblock" zur "Mehrheit"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Dom „Großblock“ zur „Mehrheit“

Von Dr. Karl Buchheim



ie innerpolitische Umwälzung vom 30. September dieses Jahres ist — mögen auch konservative Blätter von verfassungswidrigen Ministererennungen reden — ohne Zweifel in völlig legalen Formen vollzogen worden. Aber der Sache nach hat sie dennoch die Bedeutung einer Revolution. Das demokratische Deutschland, das mit der Reichstagsmehrheit nunmehr gesiegt hat, ist ein anderes, als das der konservativen, bundesstaatlichen und speziell preussischen Gewalten, das bisher bestand. Die Bismarcksche Reichsverfassung kann den Bedürfnissen der neuen Zeit nicht mehr genügen und wird in wesentlichen Teilen fallen. Ich vermag es nicht, darüber in Kassandrarufe auszubrechen. Bismarcks ungeheure, über seinen Tod fortwirkende Autorität war für die lebendigen neuen Kräfte oft auch eine Last, die sie auch dann noch niederhielt, wenn es längst angebracht gewesen wäre, dem Druck des Neuen beizeiten Ventile zu öffnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange nur auf die Nachwirkungen der Stellungnahme Bismarcks zur Sozialdemokratie hinweisen. Seitdem die Fühlungnahme mit Vassalle in der preussischen Konfliktzeit ohne praktische politische Ergebnisse geblieben war, nahm Bismarck gegen die Sozialdemokratie eine schlechthin feindselige Haltung ein. Auf keinem Gebiete ist er auch als Staatsmann so in den Anschauungen des konservativen preussischen Junkers geblieben, der er von Haus aus war, wie in der Politik gegen die größte der deutschen Arbeiterbewegungen. Er achtete die Sozialdemokraten als Feinde der Monarchie, des Staates und der Gesellschaft; sein Sozialistengesetz stellte fast jede Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung unter Strafe. Daß er gleichzeitig den Grund zu der großen sozialen Gesetzgebung des Reiches legte, ist daneben sein unbestrittenes Verdienst. Schließlich war es ja unter anderm gerade die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes, die ihn in Gegensatz zu den Auffassungen Kaiser Wilhelms des Zweiten brachte, so daß er seine Entlassung nehmen mußte. Es gehört mit zu den Verdiensten des neuen Kurfürsten, daß er wenigstens die juristische Ausnahmestellung der Sozialdemokratie aufgehoben hat. Die sachliche blieb, mindestens in Preußen und Sachsen und in anderen norddeutschen Staaten, bis zum Weltkrieg durchaus erhalten. Nur in Süddeutschland verstand man es, sie allmählich zu mildern. Der Staat duldete nach wie vor keine sozialdemokratischen Beamten; die gute Gesellschaft und ganz besonders der höhere Mittelstand ließ keine Sozialdemokraten bei sich ein. Der deutsche Begriff von nationaler Politik und nationaler Gesinnung schloß sozialdemokratische Parteizugehörigkeit im allgemeinen völlig aus. Die bürgerlichen und politischen Dualitäten eines Sozialdemokraten wurden gar nicht erst weiter in Betracht gezogen. Manches schnell gefällte Verwerfungsurteil über Philipp Scheidemanns politische Bestrebungen habe ich auch in diesem Kriege noch gehört, das weniger sachlich begründet, als von der Erwägung diktiert war, daß Scheidemann eben Sozialdemokrat war. Und was kann von der Sozialdemokratie Gutes kommen! Noch die Umwälzung vom 30. September ist bei patriotischen Leuten auf Ablehnung gestoßen, weil ihre Auffassung von nationaler Gesinnung die Tatsache nicht zu verarbeiten vermochte, daß nun die Sozialdemokratie starken Anteil an der Reichsgewalt bekam. Nach unsrer innerpolitischen Vergangenheit ist das verständlich, muß aber nun doch anders werden. Denn die Stellungnahme nicht nur der meisten Staatsorgane, sondern auch wichtiger Volksschichten zur Sozialdemokratie hat viel zu dem Rufe der Rückständigkeit beigetragen, der unsere politischen Einrichtungen weit über Gebühr in der Welt anheimgefallen sind.

Für die Parteipolitik war die wichtigste Folge dieser im größten Teile Deutschlands fortbestehenden Ausnahmestellung der Sozialdemokratie eine gewaltige Erschwerung der Bündnisfähigkeit dieser Partei für die sonstigen

politischen Gruppen des Reiches. Jeder bürgerlichen Partei, die sich mit der Sozialdemokratie verband, ist dies als Sünde angerechnet worden. Lange Zeit hat es niemand gewagt, mit den „Roten“ ein offenes Wahlbündnis einzugehen, und erst in den letzten zehn Jahren etwa vor dem Kriege ist der Bann allmählich gebrochen worden. Neben der bürgerlichen Linken war es insbesondere das Zentrum, das vermöge seines Sinnes für praktische Politik die Scheuklappen abzulegen begann. Bei den Bülowblockwahlen von 1907 kam es schon vielfach zu taktischen Vereinbarungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie. Zur grundsätzlichen Anerkennung ihrer parteipolitischen Bündnisfähigkeit entschloß sich aber doch zuerst die bürgerliche Linke. Aus der Bismarckschen Ara kam der alte Freisinn völlig zersplittert und ziemlich ideenlos heraus. Er gewann neue innere Kräfte durch den Anschluß des größten Teiles der an bedeutenden Persönlichkeiten reichen nationalsozialen Bewegung, nachdem deren Versuch einer eignen Parteibildung mißglückt war. In diesen sozial lebhaft angeregten Kreisen war das Verständnis auch für die politische Arbeiterbewegung größer als anderwärts im deutschen Bürgertum. Hier fand deswegen auch schon früh der Gedanke Boden, daß man die Sozialdemokratie zur politischen Mitarbeit und Verantwortung heranziehen mußte, statt sie grundsätzlich von allem Einfluß möglichst auszuschließen und ihre Gesinnungen womöglich einfach nicht gelten zu lassen. Es ist inzwischen längst anerkannt worden und darf daher ohne besonderen Nachweis ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie bei all ihrer jahrzehntelangen unfruchtbareren Negation, für die sie und ihre Gegner wohl fast zu gleichen Teilen die Schuld tragen mögen, doch Gewaltiges für die politische Erziehung sehr breiter Volksschichten geleistet hat. Große politische Kräfte wurden hier mobil gemacht, lagen aber für den Staat brach, weil er es nicht verstand, sie zu benutzen, sondern sie allzu lange lediglich bekämpfte. Ein großes Glück für die deutsche Entwicklung ist es gewesen, daß sich die Sozialdemokratie im Kampfe um die politische Macht überhaupt für die parlamentarische Taktik entschied und nicht die wirklich staatsgefährliche „direkte Aktion“ (Massenstreik, Sabotage usw.) vorgezogen hat. Bei der feindseligen Haltung, die die staatlichen Organe und die bürgerliche Gesellschaft auch nach Bismarcks Rücktritt beibehielten, kann man nicht sagen, daß Staat und Gesellschaft viel Verdienst daran hätten, daß die Sozialdemokratie eine parlamentarische Partei geworden ist. Auf der bürgerlichen Linken waren die Gesinnungsgenossen Friedrich Naumanns unter den ersten, die die parlamentarische Taktik als ein Mittel erkannten, die politischen Kräfte der Sozialdemokratie für Deutschland nutzbar zu machen. Naumann und seine Freunde erkannten, daß die demokratischen Bestrebungen, denen sie selber anhängen, in Deutschland so lange zur Ohnmacht verurteilt bleiben mußten, als die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bestehen blieb. Sie erkannten, daß man die Scheuklappen grundsätzlich ablegen mußte. Diese Erkenntnis war jedenfalls schon eine politische Leistung. Man mag zur Demokratie freundlich oder ablehnend stehen: das wird man jedenfalls bestätigen müssen, daß sie die politische Macht nimmermehr erlangen konnte, so lange sie in einem sozialistischen und einem bürgerlichen Lager nicht nur sachlich, sondern auch taktisch aus Grundsatz geschieden blieb. Deswegen hielten die konservativen Parteien keineswegs nur aus Verbohrtheit, sondern auch aus richtiger taktischer Erkenntnis von ihrem Standpunkte aus an der politisch-gesellschaftlichen Achtung der Sozialdemokratie fest. Der Naumannsche Gedanke eines Zusammenschlusses der gesamten Linken hat jedenfalls viel Verdienst an der Vorbereitung des Sieges, den die Demokratie jetzt hat erringen können.

Naumann begann, als er Mitglied der Freisinnigen Vereinigung geworden war, mit Bestrebungen, die zunächst eine Einigung des Linksliberalismus in sich zum Ziele hatten. Diese Bestrebungen können heute als völlig gelungen beurteilt werden. Die heutige Fortschrittliche Volkspartei steht wirklich als eine Einheit da. Sie hat nicht die Neigung gezeigt, wieder in die Gruppen auseinanderzufallen, aus denen sie einst sich zusammengeschlossen hat. Das Schwergewicht dieser gelungenen Parteibildung hat sogar auf den linken Flügel der Nationalliberalen

eingewirkt. Die nach links Anschluß suchenden Tendenzen verstärkten sich dort zusehends. Die Nationalliberale Partei, die in der Kartellzeit eine enge Verbündete der Konservativen geworden war, begann in ihrer Stellungnahme schwankend zu werden. Während die aus den freisinnigen Parteispalttern eben erst zusammengefügte Fortschrittliche Volkspartei eine bemerkenswerte Festigkeit an den Tag legte, bedurfte es bei den Nationalliberalen, die auf eine in der zerfahrenen liberalen Parteigeschichte sonst unerhörte, jahrzehntelange Geschlossenheit zurückblicken konnten, der ganzen Geschicklichkeit ihres Führers Bassermann, um die Partei überhaupt zusammenzuhalten. Der von Raumann erneut betonte Gedanke einer Einheit des ganzen Liberalismus fand auch in nationalliberalen Kreisen Verfechter. Andererseits schloß sich die altliberale und schwerindustrielle Parteiliche mit großer Energie gegen ihn zusammen. Raumann ging inzwischen weiter und verkündete jetzt den Großblockgedanken. Weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie, so führte er in tausend Variationen aus, sei für sich allein mächtig genug, die politische Herrschaft im Deutschen Reiche zu erobern. Beide müßten sich, unbeschadet ihrer Grundsätze, parteitaktisch zusammenschließen zur einheitlichen großen deutschen Linken, auf diese Weise die Mehrheit im Parlament erobern und dann die Regierung ihrem Willen unterwerfen.

Der Großblockgedanke ist viel verspottet und bekämpft worden. Er fand auch in den Parteien, die er umfassen wollte, starke Gegnerischen, vor allem in der Sozialdemokratie auf der einen, der Nationalliberalen Partei auf der andern Seite. Dennoch war der Gedanke zu einleuchtend, als daß er sich nicht doch allmählich durchgesetzt hätte. Am vollkommensten in Baden. Als hier im liberalen Musterlande die alteingesessene nationalliberale Vorherrschaft durch das Anwachsen des Zentrums und der Sozialdemokratie bedroht wurde und auch das Bündnis mit der Fortschrittlichen Volkspartei allein die liberale Mehrheit nicht mehr sichern konnte, da entschloß sich der nationalliberale Führer Nebmann mit der Sozialdemokratie zu paktieren, um nur nicht die gefürchtete clerikale Reaktion ans Ruder kommen zu lassen. Bald folgte Bayern, nur mit dem Unterschiede, daß hier das Zentrum an der Krippe saß und der liberal-sozialdemokratische Großblock Opposition machen mußte. Auch anderwärts machte der Gedanke Fortschritte. Wie auf so vielen Gebieten hat schließlich der Krieg auch hier die Entwicklung rascher zur Reife geführt, als das sonst zu erwarten gewesen wäre. Als das Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr“ gesprochen war, konnte man die Kluft zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten nicht mehr aufrecht erhalten. In der ersten Kriegszeit waren auch strengkonservative Kreise gern geneigt, die Sozialdemokraten als deutsche Volksgenossen von anerkanntem Patriotismus zu behandeln. Später hätten freilich manche Ultras die Trennungslinie der Vorkriegszeit gern wieder aufgerichtet. Aber die Bahn für taktische Bündnisse war einmal frei geworden und ließ sich nicht wieder versperren. Die Demokratie marschierte in einer einheitlichen Phalanx auf. Nur rückte an Stelle der Nationalliberalen das Zentrum ein und aus den „Großblockparteien“ wurden die „Mehrheitsparteien“.

Es stellt sich als schwerer taktischer Fehler der Nationalliberalen heraus, daß sie sich während des Krieges aus der ursprünglich als „Großblock“ angelegten parlamentarischen Phalanx hinausmanövrieren ließen. Als es sich zeigte, daß der verschärfte Tauchbootkrieg England zum mindesten nicht auf einen Schlag zum Frieden zwang, rückten zwar die klugen Zentrumsführer von den — das kurze Schlagwort sei erlaubt! — alldeutschen Kriegszielen ab, nicht aber der nationalliberale Führer Strefemann. Daraus braucht man ihm noch keinen Vorwurf zu machen, da schließlich niemand vorher wissen konnte, daß im Sommer 1918 unsere militärische Lage sich so bedeutend verschlechtern würde, wie es geschehen ist. Aber er durfte es nicht geschehen lassen, daß die Nationalliberalen geradezu als Bundesgenossen der Leute erschienen, die neben der Vertretung alldeutscher Kriegsziele jede Stärkung der Parlamentsmacht hintanhaltend wollten und zu diesem Zweck — übrigens kaum zum Segen des Vaterlandes! — aus dem Ansehen der Obersten Seeresleitung politischen Kredit gegen den Reichstag schlugen. Wenn schon

Strefemann nicht für die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 stimmen wollte, so mußte er doch erkennen, daß sie zugleich zur Sammlung aller derer führte, die die Macht des Reichstags gegenüber dem Bundesrat, der kaiserlichen Kommandogewalt und sonstigen konservativen Instanzen stärken wollten. Das wollte Strefemann auch, denn er sprach ja oft für gründliche Erneuerung der Diplomatie, Einschränkung des persönlichen und bürokratischen Regiments, Dinge, die doch gar nicht anders erreicht werden konnten als durch Stärkung der Parlamentsmacht. Da hätte er also dafür sorgen müssen, daß die Partei-Gruppierung der Juliresolution Episode blieb, und daß die Nationalliberalen im übrigen um so stärker als Mitkämpfer um die Parlamentarisierung erschienen. Das wagte er aber anscheinend nicht in Rücksicht auf die breiten Parteikreise, die zustimmten, wenn alldeutsche Heißsporne den Reichstag schmähten. So hat sich Strefemann weder als vorausschauender Kopf, noch als politischer Charakter erwiesen. Er hat seine Partei zwischen zwei Stühle gesetzt und nicht klar genug erkannt, daß es für sie nur zwei Möglichkeiten gab: entweder mit der Demokratie die Machtansprüche des Reichstags durchsetzen zu helfen oder sie an der Seite der Konservativen zu bekämpfen. Vielleicht steht Strefemanns Führung auch unter dem Einflusse gewisser Theorien, wie sie der nationalliberale Historiker Brandenburg in Leipzig lehrt. Brandenburg hat bei seinen Forschungen die ihm überaus wertvoll erscheinende Feststellung gemacht, daß der Liberalismus von der Demokratie ebenso wesensverschieden sei, wie vom konservativen Gedanken. Das mag richtig sein oder auch nicht: fatal ist es jedenfalls, daraus die politische Folgerung zu ziehen, die nationalliberale Partei müsse zwischen den konservativen und den demokratischen Ideen zurzeit einen Wirkungskreis ganz für ihre speziell nationalliberale Betrachtungsweise suchen. Der Gegensatz zwischen den demokratisch-parlamentarischen Prinzipien und der alten Ordnung im Reichsbau ist so scharf, daß man zwischen beiden harten Mühlsteinen nur zerrieben werden kann. Das Zentrum, das doch viel tiefere prinzipielle Gegensätze von der Linken trennen, hat die Lage rechtzeitig begriffen und sich mit großer Klugheit eine gewichtige Stimme beim nunmehr eingeleiteten demokratisch-parlamentarischen Umbau des Reiches gesichert. Nach dem Siege der Demokratie haben sich die Nationalliberalen den Mehrheitsparteien angeschlossen, nicht ohne daß dabei die Gefahr besteht, daß sie ein wenig fünftes Rad am Wagen bilden. Doch ist die Bedrohung des Vaterlandes durch den auswärtigen Feind augenblicklich so groß, daß der Mehrheit die sonst unnötige Verbreiterung der parlamentarischen Basis ihrer Regierung immerhin sehr willkommen ist. Infolgedessen scheint es den Nationalliberalen doch noch zu gelingen, ihre Stimme unter der neuen Ära zur Geltung zu bringen. Trotzdem ist es bezeichnend, daß in das sogenannte engere Kriegskabinetts neben Bayer, Haußmann, Scheidemann, Gröber und Erzberger kein Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion eingerückt ist.

Zum ersten Male in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches ist die Volksvertretung seit dem Sommer 1917 mit einem organisierten Machtwillen hervorgetreten. Ein „Großblock“ bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie ist tatsächlich zusammengekommen und hat dann auch ziemlich rasch die Macht im Reiche an sich gerissen. Wenn das alles auch unter dem Druck des Krieges beschleunigt worden ist, so ist es doch längst vorher angebahnt. Nur daß in der „Mehrheit“ von 1917 die Nationalliberalen, die sich Naumann als Großblockgenossen dachte, durch das Zentrum ersetzt sind und sich nur nachträglich ihr wieder anschließen. Es ist auch kein Zufall, daß unter den führenden Männern der Neuordnung schon seit Hertlings und Kühlmanns Tagen die Süddeutschen, besonders die Südwestdeutschen, die führende Rolle spielen, während unterm „ancien régime“ der preußische Nordosten die maßgebenden Reichsämter besetzte. Der Südwesten ist schon von alters her die Hochburg der deutschen Demokratie. Zwei Badner: Prinz Max und Fehrenbach stehen an der Spitze der Reichsregierung und des Reichstags; im engeren Kriegskabinetts sitzen nicht weniger als vier Württemberger: Erzberger, Gröber, Bayer und Haußmann, und ein Altkessler, General Scheuch, ist sogar preußischer Kriegsminister. Mögen die

Persönlichkeiten auch später wieder wechseln, der Bann ist jedenfalls gebrochen, es wird nicht wieder Gewohnheitsrecht werden, daß die deutsche Reichsregierung aus Preußen stammen muß. Man darf vielleicht hoffen, daß der Reichsgedanke noch Fortschritte macht: nicht dadurch grade, daß die Demokratie im ganzen ziemlich unitarisch gestimmt ist — kräftiges Eigenleben der größeren Bundesstaaten ist ein politisches Gut, das dem Reiche erhalten bleiben möge! — sondern mehr dadurch, daß durch den Parlamentarismus alle deutschen Stämme gleichmäßiger Gelegenheit haben werden, führende Köpfe in die Reichsregierung zu bringen, während früher diese Stellen meist nur durch den preußischen Staatsdienst zugänglich waren.

Den Konservativen wird der Zusammenbruch ihres Einflusses erst im Laufe der kommenden Jahre stärker fühlbar werden. Sie werden dann bald den Reichstag sehr schätzen, weil er auch ihnen das Sprungbrett zu erneutem Einflusse, das ihnen bisher Bureaucratie und Militär war, werden wird. Sie werden vielleicht Verstärkung erhalten durch die nationalliberale Rechte, die kaum dauernd bei der jetzigen Mehrheit bleiben wird. Es wird niemanden wundern dürfen, wenn die Partei, die einst Bismarck die bisherige Reichsverfassung schaffen half, auseinandergeht, wenn der Umbau des Reiches weiter fortgesetzt wird. Auch die Sozialdemokratie hat ja, ehe sie reif wurde für ihre jetzige Politik, eine starke Abspaltung erlebt. Daß das Zentrum seine alten Gegenätze zur Sozialdemokratie und zum Liberalismus nicht völlig begraben hat, ist auch sicher. Die Weiterentwicklung unsres Parlamentarismus ruht also noch völlig im Dunkel. Aber jede irgendwie geartete Gegenkoalition gegen die jetzt zur Herrschaft gelangte Großblöckidee wird auch auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage ruhen. Auch eine spätere, etwa wieder konservative Regierung wird nicht wieder auf außerparlamentarischem Wege ans Ruder kommen. In diesem Sinne dürfte die „Mehrheit“ am 30. September etwas Unwiderrufliches erreicht haben.



Berufswahl und Begabenschule

Von Professor Dr. Wilhelm Martin Decker



Es ist jetzt eine schlechte Zeit für den Individualisten. Ein Spiel der Wellen treibt sein kleiner Kahn im Meeresstrom des Geschehens, der ihm seinen Kurs, oft peinlich bis ins einzelne, vorschreibt. Aber er findet sich damit ab; hat er doch in hoher Stunde das Ziel seiner Fahrt, das Heil des Vaterlandes, des Volksganzen, bejagt; so kann es ihm jetzt nicht entgegen sein, wenn er sich unter ein Kommando stellen muß, das ihn an das Ziel zu führen verspricht. Wie schwere Überwindung es manchen kostet, diesem Kommando vertrauend zu folgen, weiß Gott; auf den Schultern der Führer häuft sich die Verantwortlichkeit bergehoch.

Es gibt keine einzelnen mehr, und es wird sie auch nach dem Kriege auf lange hinaus nicht mehr geben. Die Tatsache, daß einer ein Deutscher ist, wird ihn verpflichten. Er wird seinen Platz im Friedensheer einzunehmen haben, den seinen Kräften und inneren Möglichkeiten entsprechenden Platz. Drohen hat der Deutsche seit langem schwer ertragen, er wird sie von nun an verachten.

Zu den Problemen von größter Tragweite, die mit dieser Sozialisierung dem Staate neu zuwachsen, gehören die der Bevölkerungsvermehrung, der Bevölkerungsverteilung und der Berufszichtung. Drei Domänen individualistisch-liberaler Auswirkung. Drei Gebiete, deren Gesetzmäßigkeiten und funktionale Beziehungen schon seit Jahrzehnten ernster Durchforschung wert waren. Drei Lebenskreise, in denen vielfach anstelle des bisherigen freien Entschlusses eine rationelle Beeinflussung im Sinne des Volksganzen treten muß.